

Es ist eine beeindruckende Serie. Seit 1788 wählen die Amerikaner alle vier Jahre ihren Präsidenten. Noch nie ist eine der bislang 58 Präsidentschaftswahlen abgesagt oder verschoben worden, auch nicht in Kriegszeiten. Oft hielt sich die Spannung in Grenzen, weil der Ausgang absehbar war oder sich die Kandidaten politisch kaum unterschieden. Doch immer wieder stand auch die Zukunft des Landes auf dem Spiel. Die bevorstehende Wahl am 3. November ist nach Überzeugung vieler Amerikaner eine solche Schicksalswahl: Werden die Wählerinnen und Wähler einen Mächtigerndiktator im Amt bestätigen oder einer demokratischen Erneuerung den Weg ebnen?

US-Präsidentschaftswahlen, wie wir sie kennen, haben nur noch wenig mit den Vorstellungen der Verfassungsväter von 1787 gemein. Die fürchteten vor allem zu viel Macht für einen Einzelnen. Um dem Staatsoberhaupt und Inhaber der Exekutivgewalt keine zu eigenständige Legitimationsbasis zu verschaffen, entschieden sie sich gegen eine Direktwahl durch das Volk und für ein äußerst kompliziertes, indirektes Prozedere: Die Bundesstaaten entsenden so viele Wahlmänner in ein Wahlkollegium, wie ihnen gemäß ihrer Bevölkerungszahl Abgeordnete und Senatoren im Kongress zustehen. Dieses Kollegium, das Electoral College, wählt dann den Präsidenten. Erforderlich ist die absolute Mehrheit.

Da die Verfassung keine Volkswahl der Wahlmänner vorschreibt, wurden diese bis in die 1820er-Jahre fast überall von den Parlamenten der Einzelstaaten bestimmt. Dieses doppelt indirekte Verfahren entsprach dem vordemokratischen Prinzip der Bestenauslese. Ehrgeiz und Machtstreben waren verpönt. Der Präsident sollte die Ideale republikanischer Tugend und patriotischer Pflichterfüllung verkörpern. Bei den ersten beiden Wahlen 1788 und 1792 war es daher völlig selbstverständlich, dass das Electoral College George Washington, den Helden des Unabhängigkeitskrieges, einstimmig und ohne Gegenkandidaten kürte. Doch schon als sich die nationale Vaterfigur nach zwei Amtszeiten zurückzog, wurde das Präsidentenamt zum Objekt persönlicher Ambitionen und politischer Gegensätze.

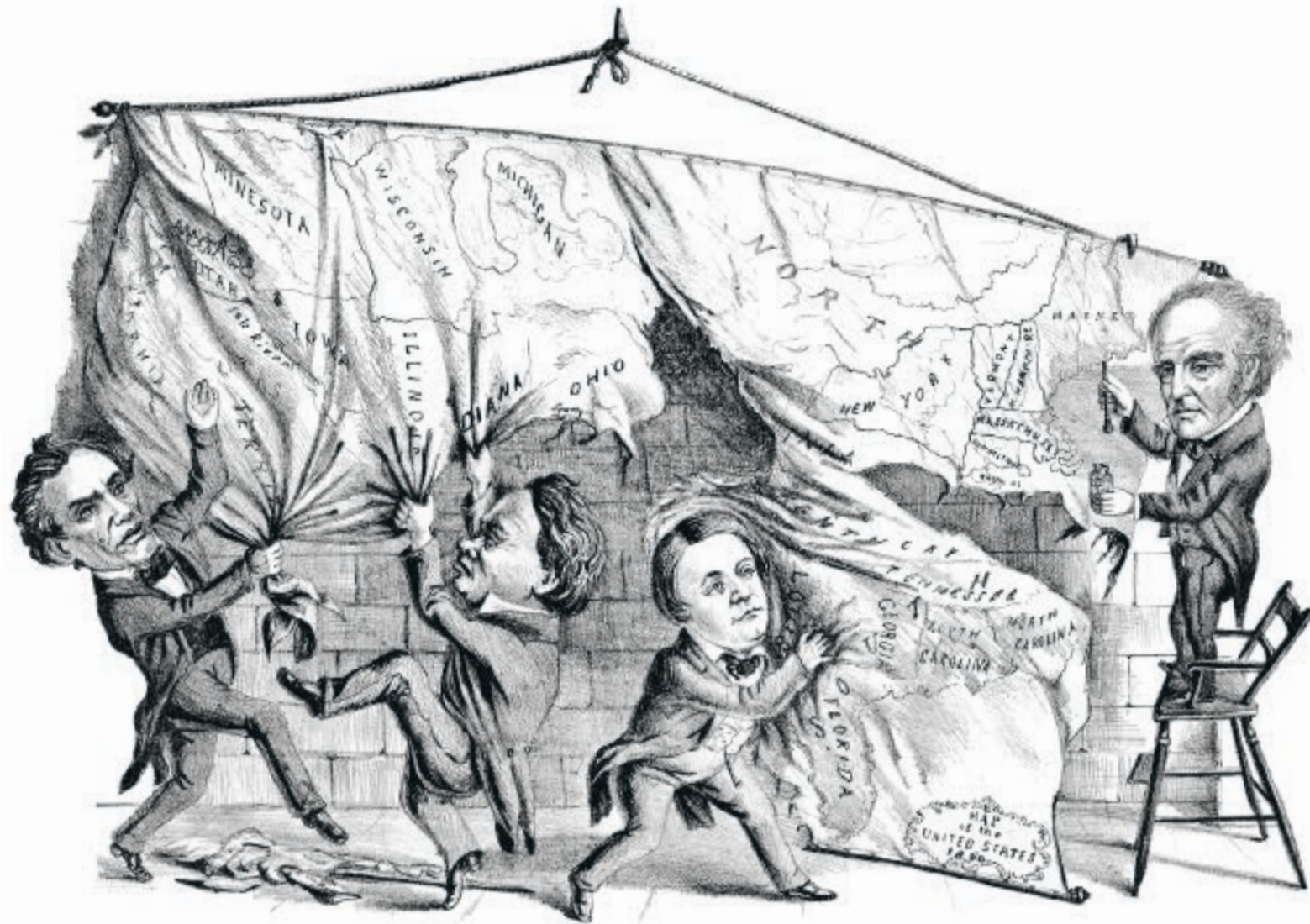
1796 erhielt der bisherige Vizepräsident John Adams die Mehrheit, dicht gefolgt von Thomas Jefferson, dem Verfasser der Unabhängigkeitserklärung von 1776. Damit stand fest: Jefferson wird Adams' Vize, denn die Verfassung sah zunächst nur einen Wahlgang im Electoral College vor, wobei die Nummer zwei automatisch zum Stellvertreter ernannt wurde. Die beiden Männer waren indes nicht nur persönliche Rivalen, sondern standen auch für unterschiedliche politische Ordnungsvorstellungen. Adams und andere Föderalisten, wie sie bald genannt wurden, befürworteten eine starke Bundesgewalt und wollten den Handel und das Manufakturwesen fördern; Republikaner wie Jefferson dagegen hielten die Rechte der Einzelstaaten und das Ideal einer egalitären, agrarisch geprägten Republik hoch. Jefferson hatte daher wenig Lust, Adams als Stellvertreter zu dienen. Er zog sich auf seinen Landsitz zurück. Vier Jahre später standen sich Präsident und Vizepräsident dann offen als Konkurrenten gegenüber.

Die Wahl von 1800 gilt als die erste Schicksalswahl der US-Geschichte: Würde der amerikanischen Republik ein friedlicher Machtwechsel gelingen? Oder drohten, wie im revolutionären Frankreich, Chaos und Diktatur?

Der Richtungsstreit wurde mit harten Bandagen ausgetragen. Der von den Föderalisten beherrschte Kongress erließ während des Wahlkampfes Gesetze, die Pressefreiheit und Kritik an der Regierung einschränkten. Der Republikaner Jefferson wiederum proklamierte in anonymen Aufrufen das Recht der Einzelstaaten, schädliche Bundesgesetze zu annullieren. Putschgerüchte machten die Runde. Doch am Ende verliefen Wahl und Regierungswechsel in geordneten Bahnen. Jefferson erhielt im Electoral College acht Stimmen mehr als Adams, der seine Anhänger aufforderte, die Niederlage zu akzeptieren.

Zugleich zeigte sich ein weiterer Defekt des Wahlsystems: Da die Wahlmänner jeweils zwei Stimmen hatten, um im selben Zuge Präsident und Vizepräsident zu ermitteln, erhielten Jefferson und sein designierter Vize Aaron Burr exakt dieselbe Stimmenzahl – ihre Gefolgsleute hatten brav nach Parteilinie abgestimmt. Wenn aber kein Kandidat die absolute Mehrheit hat, entscheidet laut Verfassung das Repräsentantenhaus darüber, wer Präsident wird. Es sei denn, einer der beiden Kandidaten verzichtet. Der ehrgeizige Burr jedoch dachte gar nicht daran, sich zugunsten von Jefferson zurückzuziehen.

In der Stichwahl hat – das gilt bis heute – jeder Bundesstaat eine Stimme. Und wieder ist die absolute Mehrheit notwendig. Im Jahr 1800 führte dies zu einer grotesken Situation: Da die Föderalisten Jefferson ihre Stimme verweigerten, brauchte es 36 Wahlgänge und ebenso viele Intrigen und Kuppelhändel, bis Jefferson endlich die erforderliche Mehrheit erhielt. Um die Einheit der Nation zu betonen, erklärte der Präsident danach in seiner Antrittsrede: »Wir sind alle Republikaner, wir sind alle Föderalisten.« Doch die Existenz und der Einfluss der Parteien ließen sich nicht länger leugnen. Noch vor den nächsten Wahlen verabschiedeten Kongress und Einzelstaaten daher eine Verfassungsänderung, das 12. Amendment, das getrennte Wahlgänge für die Ämter des Präsidenten und des Vizepräsidenten im Electoral College vorschreibt. Fortan



Unvereinigte Staaten: 1860 konkurriert der Republikaner Abraham Lincoln (l.) mit den beiden demokratischen Kandidaten Stephen Douglas (Nordstaaten) und John Breckinridge (Südstaaten). John Bell von der Constitutional Union Party versucht vergeblich, die Risse zu kitten. Zeitgenössische Karikatur

Wenn es ums Ganze geht

Immer wieder wurden Präsidentschaftswahlen zu Wendepunkten der US-Geschichte. 1860 lösten sie einen Bürgerkrieg aus, 1932 leiteten sie einen demokratischen Aufbruch ein. Steht das Land erneut vor einer historischen Zäsur? VON MANFRED BERG

traten die Kandidaten für beide Ämter als Team und als Anführer rivalisierender politischer Gruppierungen auf.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich die USA zu einer Massendemokratie mit allgemeinem Wahlrecht für weiße Männer, organisierten Parteien und Wahlkämpfen. Fast alle Bundesstaaten führten nun auch die Volkswahl der Wahlmänner ein und legten fest, dass ihre Stimmen nach dem *winner take all*-Prinzip vergeben werden: Wer die Mehrheit der Stimmen gewinnt, bekommt alle dem Staat zustehenden Wahlmänner.

Wie dies den Mehrheitswillen verzerren kann, zeigte sich gleich 1824. Vier Kandidaten traten damals an, wobei sich das Rennen zwischen Andrew Jackson und John Quincy Adams, einem Sohn des Ex-Präsidenten John Adams, entschied. Der volksnahe Jackson gewann, allerdings mit nur etwas mehr als 40 Prozent der Wahlstimmen. Auch im Electoral College verfehlte er die absolute Mehrheit. Daher musste erneut das Repräsentantenhaus abstimmen – das John Quincy Adams wählte! Jackson wütete, ihm sei der Sieg gestohlen worden. Vier Jahre später, Jackson hatte inzwischen die Demokratische Partei mitgegründet, revanchierte er sich, indem er Adams nach einem überaus harten Wahlkampf eine demütigende Niederlage zufügte.

Um die Mitte des Jahrhunderts waren Machtwechsel nach Wahlniederlagen zur politischen Normalität geworden. Doch dann spitzte sich in den 1850er-Jahren der Konflikt zwischen dem sklavenshaltenden Süden und dem freien Norden zu: Im Süden wurde der Ruf nach Loslösung von der Union immer lauter. Im Norden sammelten sich die Gegner der Sklaverei in der neu gegründeten Republikanischen Partei.

Die nominierte vor den Wahlen von 1860 Abraham Lincoln aus Illinois, den die Pflanzergarrie der Südstaaten verabscheute, weil sie ihn – zu Unrecht – ver-

dächtigte, die Sklaverei abschaffen zu wollen. Für den Fall seines Wahlsieges drohte der Süden mit Sezession. Wenn es je eine Schicksalswahl in den USA gab, dann war es die Abstimmung am 6. November 1860.

Der Streit um die Sklaverei hatte längst das nationale Parteiensystem zertrümmert. Die Demokraten, die seit Andrew Jacksons Präsidentschaft die politische Klammer zwischen den Landesteilen gebildet hatten, spalteten sich in einen nördlichen

und einen südlichen Flügel: Der nördliche nominierte Stephen A. Douglas, einen alten Rivalen Lincolns aus Illinois, der die Wähler der Einzelstaaten über die Sklaverei entscheiden lassen wollte. Im Süden trat John C. Breckinridge aus Kentucky an, ein kompromissloser Befürworter der Sklaverei. Daneben warb die hastig organisierte Constitutional Union Party mit John Bell aus Tennessee um die Wählergunst. Ihr einziger Programmpunkt war die Bewahrung der nationalen Einheit. Wie diese gerettet werden konnte, wusste allerdings auch hier niemand zu sagen.

Das Wahlergebnis legte die Spaltung des Landes unmissverständlich bloß: Lincoln erhielt nur knapp 40 Prozent der Wahlstimmen, gewann aber in allen Staaten des Nordens, sodass er im Electoral College die absolute Mehrheit erzielte. Im Süden hatte er nicht einmal zur Wahl gestanden: Es wäre für potenzielle Wahlmänner lebensgefährlich gewesen, sich als Republikaner zu bekennen.

Für die Anführer der Südstaaten war mit Lincolns Wahlsieg das Band der Union endgültig zerrissen. Da half es wenig, dass der designierte Präsident beteuerte, er wolle die Sklaverei nicht abschaffen, sondern lediglich ihre weitere territoriale Ausbreitung verhindern. Die herrschende Oligarchie war nicht bereit, den Ausgang der Wahl zu akzeptieren. Am 20. Dezember 1860 setzte South Carolina mit seiner Sezessionserklärung eine Eskalationsspirale in Gang, die im April 1861 zum Bürgerkrieg führte. Wahlen und Mehrheitsprinzip vermochten nicht mehr, eine heillos polarisierte Nation zusammenzuhalten: Der Sezessionskrieg, der mehr als 700.000 Amerikaner das Leben kostete, war eine Niederlage der Demokratie.

Auch nach dem Ende des Krieges 1865 funktionierte das System der Präsidentschaftswahlen mehr schlecht als recht. 1876 kam es nach massivem Wahlbetrug zu

einem toten Rennen zwischen dem Republikaner Rutherford B. Hayes und dem Demokraten Samuel J. Tilden, weil die Ergebnisse in mehreren Südstaaten umstritten waren. Nach wochenlangen Kungeleien sicherten sich die Republikaner mit viel Schmiergeld und der Zusage, die letzten Besatzungstruppen aus dem Süden abzuziehen, das Weiße Haus.

Damit erhielten die Südstaaten freie Hand, die »weiße Vorherrschaft« wiederherzustellen. Mit neuen Gesetzen hinderte man die Afroamerikaner daran, ihr Wahlrecht auszuüben, wodurch sich in der ehemaligen Konföderation de facto eine Einparteiherrschaft der Demokraten etablierte. Auf nationaler Ebene dominierten dagegen die Republikaner, die zwischen 1868 und 1928 zwölf der 16 Präsidentschaftswahlen gewannen. Erst 1932, auf dem Höhepunkt der Großen Depression, wurden die Karten neu gemischt. »Happy days are here again«, lautete der *campaign song* des demokratischen Bewerbers Franklin D. Roosevelt, der dem amerikanischen Volk einen New Deal versprach.

Der amtierende Präsident Herbert Hoover, ein Wirtschaftsfachmann und Technokrat, war vier Jahre zuvor mit fast 60 Prozent der Wahlstimmen ins Weiße Haus eingezogen, scheiterte jedoch auf ganzer Linie bei der Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise, die Millionen Amerikaner in Elend und Verzweiflung stürzte. Der Präsident erschien ratlos und gleichgültig gegenüber den Nöten seiner Landsleute. Da war es wenig erstaunlich, dass ihn die Wähler aus dem Amt feigten und dem New Yorker Patrizier Roosevelt einen klaren Sieg bescherten. Der hatte zwar auch kein Patentrezept, war aber zu mutigen Experimenten bereit und verbreitete Zuversicht. »Das Einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht selbst«, rief er den Amerikanern in seiner Antrittsrede zu.

Einen Wendepunkt markiert das Wahljahr 1932 deshalb, weil Roosevelts Triumph von Dauer war. Er läutete den Beginn der New-Deal-Ära ein, in der die liberalen Demokraten, oft mit Unterstützung liberaler Republikaner, die Grundlagen des amerikanischen Interventions- und Sozialstaats legten. Die breite Wählerkoalition, deren Rückgrat die Arbeiter- und die Mittelschichten, Einwanderer sowie die schwarze Minderheit bildeten, sicherte den Demokraten bis in die Sechzigerjahre hinein die Vorherrschaft. Sie zerbrach erst bei den Wahlen 1968, als der Vietnamkrieg die Gesellschaft entzweite, die schwarzen Ghettos brannten und die weißen Stammwähler der Demokraten in Scharen zu den Law-and-Order-Konservativen überliefen (ZEIT Nr. 44/18). Die Republikaner, jahrzehntelang die Partei des Nordens, umwarben nun die weiße Wählerschaft des Südens.

Donald Trump setzt heute auf ein ähnliches Szenario wie damals der Republikaner Richard Nixon: Er hofft, dass ihm eine Eskalation der Proteste gegen die rassistische Polizeigewalt in die Karten spielt. Amerikas Liberale dagegen blicken sehnsüchtig auf das Jahr 1932. Sie hoffen, dass die Wähler Trump wegen seines Versagens in der Corona-Krise aus dem Weißen Haus vertreiben und ein neuer Präsident, Joe Biden, das Land aus dem Schlamassel führt.

Angesichts der extremen Polarisierung der Wählerschaft wäre ein Erdbeben nach dem Vorbild Franklin D. Roosevelts eine Überraschung. Pessimisten verweisen auf ganz andere historische Präzedenzfälle. Was wird passieren, wenn es erneut ein Wahlergebnis wie im Jahr 2000 gibt? Damals gewann der Demokrat Al Gore zwar eine halbe Million Stimmen mehr als der Republikaner George W. Bush, aber die Präsidentschaft hing an wenigen Hundert Wahlzetteln in Florida, über deren Zählung am Ende der Oberste Gerichtshof zugunsten von Bush entschied. Könnte es sein, dass Chaos, Manipulationen und das antiquierte Wahlsystem dazu führen, dass kein Kandidat die absolute Mehrheit im Electoral College erreicht und dann das Repräsentantenhaus – wie zuletzt 1824 – den Präsidenten wählt? Der würde dann vermutlich wieder Donald Trump heißen, weil die Republikaner mehr Bundesstaaten kontrollieren. North Dakota mit seinen 762.000 Einwohnern hätte dann genauso viele Stimmen wie Kalifornien mit fast 40 Millionen, nämlich eine.

Inzwischen bezweifeln viele Kommentatoren, dass es überhaupt reguläre, faire Wahlen geben wird. Trump hat sogar den Termin infrage gestellt. Ein schmutziger Wahlkampf und Wahlbetrug sind in der US-Geschichte nichts Ungewöhnliches, aber in diesem Jahr könnte Schlimmeres drohen: eine Neuaufgabe der Schicksalswahl von 1860.

Auch dem Bürgerkrieg ging eine jahrzehntelange Polarisierung voraus, bis sich der Norden und der Süden nur noch als unveröhnliche Gegner betrachteten. Der Historiker David Blight von der Yale University hat das Szenario kürzlich so skizziert: »Wir wissen aus der Geschichte, dass es ein Bürgerkriegsrisiko gibt, wenn das Ergebnis einer Wahl für eine Partei oder eine große Bevölkerungsgruppe völlig inakzeptabel erscheint. 2000 ist es bei der Konfrontation zwischen Bush und Gore nicht zum Äußersten gekommen, aber vielleicht waren wir nahe dran. Es ist nicht undenkbar, dass es jetzt passieren könnte.«

Historische Analogien haben ihre Grenzen. Und man muss auch nicht gleich an einen regelrechten Bürgerkrieg denken mit uniformierten Armeen. Doch bei einem knappen, umstrittenen Wahlergebnis ist durchaus damit zu rechnen, dass es zu massiver politischer Gewalt kommt. Es wäre eine Katastrophe für Amerika und für die ganze demokratische Welt.

Manfred Berg ist Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg

